



Schalit



Freigelassene Palästinenserin

NAHOST

„Wir sind realistisch“

Mahmud al-Sahar, 64, Führer der Hamas im Gaza-Streifen, über die Bemühungen des BND um die Freilassung des entführten israelischen Soldaten Gilad Schalit



LEVINE HEIDI / SIPA PRESS

SPIEGEL: Die Hamas hat Israel ein Video ausgehändigt, auf dem Schalit in guter Verfassung zu sein scheint. Warum haben Sie mehr als drei Jahre gewartet, bis Sie ein echtes Lebenszeichen übermittelten?

Sahar: Wir haben bereits früher einige Briefe übergeben. Es waren die Israelis, die nach dem Gaza-Krieg Anfang des Jahres

ein solches Zeichen wollten. Nachdem sie wahllos Häuser, Schulen und Moscheen bombardiert hatten, fragten sie uns, ob Schalit noch am Leben sei. Es macht einen großen Unterschied, ob man über einen lebenden oder einen toten Soldaten verhandelt.

SPIEGEL: Das Lebenszeichen hat sich die Hamas mit der Freilassung von 20 Palästinensern teuer bezahlen lassen.

Sahar: Es handelt sich um 20 Frauen, sie haben, wie auch Kinder, in unserer Kultur eine höhere Priorität. Wir haben das nicht

GROSSBRITANNIEN

Rüstungsschmiede unter Druck

Die Ankündigung der britischen Ermittlungsbehörde Serious Fraud Office (SFO), den Rüstungskonzern BAE wegen Korruption anklagen zu wollen, wird in London als Durchbruch gefeiert. Das SFO hatte Ermittlungen gegen das größte britische Rüstungsunternehmen 2006 einstellen müssen; die Behörde untersuchte damals Schmiergeldzahlungen in Millionenhöhe an die saudische Königsfamilie. Auf direkte Intervention von Ex-Premierminister Tony Blair, der im Dezember 2006 sogar einen Brief an den Generalstaatsanwalt schrieb, wurde die Untersuchung abgebrochen. Der saudische Unterhändler Prinz Bandar, der den Verdacht, von BAE über eine Milliarde Pfund an Schmiergeldern erhalten zu haben, bestreitet, musste nie vor Gericht. In vier weiteren Korruptions-

fällen will die Behörde nun härter vorgehen, das kündigte sie vergangene Woche an. Das SFO stellt zurzeit Beweismittel für Schmiergeldzahlungen bei BAE-Geschäften mit Tansania, der Tschechischen Republik, Rumänien und Südafrika zusammen. Ob es wirklich zur Anklage kommt, muss die zuständige Generalstaatsanwältin entscheiden. „Das Ganze kann ernst gemeint oder aber auch nur eine Drohgebärde sein“, sagt Mark Pieth, Präsident der OECD-Arbeitsgruppe zur Korruptionsbekämpfung, „die große Frage ist, was das SFO effektiv gegen den Konzern in der Hand hat“. Bis zum 30. September hatte die Behörde versucht, eine außergerichtliche Einigung mit dem Rüstungskonzern zu erzielen: Bei Zahlung von mindestens einer halben Milliarde Pfund wollte das SFO sich auf einen Vergleich einlassen. Angeblich war den BAE-Anwälten diese Summe zu hoch – die jetzt avisierte Anklage könnte zu einem Sinneswandel führen. Das Geschäft mit Saudi-Arabien ist nach wie vor nicht Gegenstand von weiteren Ermittlungen.



Saakaschwili

GEORGIEN

Starrköpfiger Präsident

In Tiflis nutzt die Opposition den Bericht der EU-Untersuchungskommission über die Ursachen des russisch-georgischen Krieges 2008 für ihre Zwecke. Mit neuen Demonstrationen will sie den autoritär regierenden Präsidenten Micheil Saakaschwili zum Rücktritt und zu vorgezogenen Präsi-